

Prof. Dr. Anja Steinbeck,
Neujahrsempfang der Rektorin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Redemanuskript, 22. Januar 2020

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich zu meinem Werkstattbericht aus der HHU komme, erlauben Sie mir auch in diesem Jahr wieder einen Beitrag aus der Rubrik „Innenansichten einer Rektorin“. Ich möchte betonen, dass es sich im Folgenden um meine persönliche Auffassung handelt, die ich nicht mit dem Rektorat insgesamt abgestimmt habe.

Entscheidungen, die eine Hochschulleitung zu treffen hat, gleichen hin und wieder einem Drahtseilakt. Das ist beispielsweise der Fall, wenn es um die Frage geht, welche Rolle der Politik auf einem Universitätscampus zukommen soll, oder – um konkreter zu werden – wenn es um die Frage geht, ob und worüber Politiker an einer Universität sprechen dürfen.

Ereignisse aus den letzten Jahren haben die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft zu Politik aktuell werden lassen und sehr unterschiedliche Meinungen innerhalb der wissenschaftlichen Community offenbart.

Hier einige Beispiele:

- Die liberale Hochschulgruppe der Universität Hamburg hatte den FDP-Vorsitzenden Christian Linder zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen. Die Universitätsleitung weigerte sich, Räume zur Verfügung zu stellen, da es sich um eine parteipolitische Veranstaltung handele.

- Brisant auch, ebenfalls in Hamburg, die Ereignisse um den Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke. Er konnte seine Vorlesung „Makroökonomik II“ erst im dritten Anlauf und unter massivem Polizeischutz halten. Der Social-Media Referent im Bundestagsbüro von Außenminister Heiko Maas twitterte: „Bernd Lucke ist der Gründer der erfolgreichsten deutschen Nazipartei seit der NSDAP. Er hat in einem Vorlesungssaal nichts verloren.“

- Aber wir müssen gar nicht bis nach Hamburg schauen. Das Hochschulpolitikreferat und das Referat für Umwelt und Nachhaltigkeit des AStA unserer Universität hatte im Frühjahr 2016 (ebenfalls) Bernd Lucke zu einer Podiumsdiskussion zu dem damals in der Diskussion stehenden TTIP-Abkommen eingeladen.

Kritisch wurde vom AStA in Bochum getwittert: „Es ist heuchlerisch, wenn der HHU-AStA erklärt, Lucke als Wissenschaftler eingeladen zu haben. Lucke ist weder eine Koryphäe auf dem Gebiet der Freihandelsabkommen, noch ist er aktuell als Professor aktiv, vielmehr ist er Parteivorsitzender. Durch die Einladung Luckes sorgt der AStA der HHU dafür, dass dessen rechten Thesen noch gesellschaftsfähiger werden.“ Schließlich wurde die Veranstaltung hier abgesagt, weil im Vorfeld anonyme Drohungen gegen die Organisatoren und die Teilnehmer/innen ausgesprochen wurden.

Alle Beispiele werfen die Frage auf: Gehört Politik auf den Campus einer Universität?

Tatsächlich gehen einige namhafte Vertreter aus der Wissenschaft davon aus, es sei nicht Aufgabe der Wissenschaft, sich an politischen Debatten zu beteiligen. Politische Meinungen hätten im Wissenschaftssystem keinen Anspruch darauf, artikuliert zu werden (Dieter Lenzen). Ganz im Gegenteil: Die Wissenschaft müsse „helfen, Distanz vom heiß laufenden politischen Betrieb zu schaffen“ (Jürgen Kocka).

Daraus folge ein Verbot von Veranstaltungen mit parteipolitischer Ausrichtung. Begründet wird diese Ansicht – die faktisch zu einem Auftrittsverbot für Politiker führt – damit, dass es an dem für die Wissenschaft notwendigen Erkenntnisgewinn fehle, wenn Politiker an Universitäten auftreten. Es drohe die Gefahr, dass die Wissenschaft ihre Glaubwürdigkeit verliere.

Zur Untermauerung wird vielfach das wohlklingende Gebot der politischen Neutralität genannt, dem die Universitäten unterliegen. Möchte man es umgangssprachlicher formulieren, dann titelt man so wie die FAZ kürzlich „Eine Uni ist keine Talkshow“.

Meine Damen und Herren, wie ich zu Beginn sagte: das Ganze ist ein Drahtseilakt.



ALMA MATER

Der Ihnen sicherlich bekannte Karikaturist Nik Ebert war so nett, die Situation – wie ich sie einschätze – für heute Abend so darzustellen.

Das Balancieren auf dem Seil der Politik ist wackelig, aber Herunterspringen ist keine überzeugende Strategie.

Vielmehr muss die Universität einen Ausgleich finden zwischen der „reinen Wissenschaft“ und ihrem Anspruch, die Studierenden zu Persönlichkeiten, zu kritischen und wachen Bürgern und Bürgerinnen heran zu bilden. Dieses Ziel können wir nur erreichen, indem wir Studierende mit Politik konfrontieren und ihnen Gelegenheit dazu geben, den politischen Diskurs mit offenem Visier zu üben.

Ein zweiter Grund kommt hinzu: Wenn wir möchten, dass Politikerinnen und Politiker die Wissenschaft nicht ignorieren, sondern dass sie unsere Ergebnisse ernst nehmen und sich bei ihrem Handeln auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen, dann sind wir gut beraten, den Dialog mit ihnen zu führen – und zwar auch in unseren eigenen Räumen. Eine Universität ist ohne politische Debatten nicht denkbar.

Man schießt über das Ziel hinaus, wenn man den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn zur zwingenden Voraussetzung universitärer Tätigkeit erklärt. Damit stellt man jeglichen Transfer von Wissen in die Gesellschaft in Frage.

Unterstützt sehe ich mich in dieser Auffassung durch unseren Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, der kürzlich in einer Rede sagte: „Aufgabe der Wissenschaft ist es, in der Lage zu sein, in Politik und Gesellschaft hineinzugehen, zu erklären, zu werben und zu vermitteln.“

Nur auf den ersten Blick attraktiv scheint folgende Kompromisslösung: Der Auftritt eines Politikers ist nur zulässig, wenn er fachlich in eine Lehrveranstaltung integriert wird; er ist es nicht, wenn es nur um Parteipolitik geht.

Dieser Trennlinie folgend hat eine Universität dem Auftritt von Sahra Wagenknecht zugestimmt. Der Auftritt der ausgebildeten Ökonomin in der Veranstaltung mit dem Titel „Modern Money Theory in Ökonomie, Gesellschaft und Politik“ versprach wohl den erforderlichen Erkenntnisgewinn. Anderes galt – wie ich eingangs erwähnte – für Christian Lindner. Die mit ihm anberaumte allgemeine Diskussionsveranstaltung ließ den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn vermissen. Warum allerdings an der gleichen Universität der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert sprechen durfte, bleibt ein Geheimnis. An seiner akademischen Qualifikation kann es nicht gelegen haben. Er hat nämlich keine.

Diese Fälle zeigen, dass die Unterscheidung nicht handhabbar ist. Die Grenze zwischen wissenschaftlicher Veranstaltung unter Einbindung von fachlich einschlägigen Politikern und gefürchtetem politischen Engagement ist fließend und kann vor allem ex ante nicht gezogen werden. Sie ist zudem – aus den schon genannten Gründen – nicht sachgerecht: Politik gehört an die Universitäten. Nicht mitspielen ist keine Lösung.

Und nun noch ein Exkurs für die juristisch Interessierten unter Ihnen. Welche Bedeutung hat das immer wieder als Argument angeführte Gebot der parteipolitischen Neutralität? Ich verspreche Ihnen, ich fasse mich kurz.

Das Gebot der politischen Neutralität steht nicht in unserer Verfassung sondern es wurde von der Rechtsprechung entwickelt. Dieser Pflicht des Staates politische Neutralität walten zu lassen, liegt der Gedanke zugrunde, dass Parteien in unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung eine zentrale Rolle spielen. Für den Prozess der politischen Willensbildung durch freie Wahlen ist es von größter Wichtigkeit, die Chancengleichheit aller Parteien im politischen Wettbewerb zu sichern. Das gilt solange sie nicht durch eine Entscheidung des

Bundesverfassungsgerichtes verboten sind. Diese Chancengleichheit ist aber gefährdet, wenn Parteien von staatlicher Seite nicht gleichbehandelt werden.

Die Gerichte haben diese Pflicht – ob zu Recht oder zu Unrecht – übrigens auch auf den Bundespräsidenten und sogar auf Kommunalpolitiker wie Bürgermeister ausgedehnt. Unser Oberbürgermeister Thomas Geisel könnte sich sicherlich aus dem Stegreif kritisch zum Umfang des Neutralitätsgebots äußern und begründen, warum er sich vor einigen Jahren sehr wohl eindeutig gegen Dügida aussprechen durfte.

Selbst wenn man nun auf dem Standpunkt steht, auch Hochschulen – als letztlich staatliche Institutionen – seien dem Gebot der politischen Neutralität verpflichtet, so heißt Neutralität doch nur Gleichheit, also Chancengleichheit. Die Universität darf keine politische Partei einseitig benachteiligen oder bevorzugen. Das Gebot der politischen Neutralität bedeutet nicht, dass Hochschulen politikfrei sein müssen.

Selbstverständlich hat diese Offenheit gegenüber der Politik Grenzen. Drei dieser Grenzen seien hier genannt:

1. Die hochschulische Öffentlichkeit darf nicht für Wahlkämpfe und Meinungskampagnen missbraucht werden. Politische Werbeveranstaltungen gehören nicht auf dem Campus. Da die politische Diskussion im Einzelfall schwer abzugrenzen ist vom Wahlkampf und auch die aufmerksamste Hochschulleitung dies allein am Titel der Veranstaltung im Vorfeld nicht ohne weiteres erkennen kann, bin ich dafür, dass 4 bis 8 Wochen vor einer Wahl politische Veranstaltungen nicht mehr erlaubt sind. Wichtig nur – Gebot zur Neutralität – die Regel muss für alle Parteien gleichermaßen gelten.

2. Die Grenze des Zulässigen ist ebenfalls erreicht, wenn von der Veranstaltung Gefahren für die Sicherheit der Teilnehmer oder unbeteiligte Dritte ausgehen – etwa, weil es angekündigte Demonstrationen oder sogar Gewaltandrohungen gibt – so wie 2016 hier an der HHU.

Die Frage, in welchem Umfang in solch einem Fall von einer Universität Sicherheitsvorkehrungen durch Beauftragung privater Sicherheitsdienste getroffen werden müssen oder wer die Kosten für einen Polizeieinsatz trägt, würde einen eigenen Vortrag rechtfertigen. Einzugehen wäre dann auf das der Hochschulleitung zustehende Hausrecht und auf das Ordnungsrecht nach § 51a HG NRW.

Dass aber – wie an der Universität Berkley geschehen – ein für seine Hassreden gegen Migranten, Frauen und Behinderte bekannter Aktivist (Milo Yiannopoulos) 20 Minuten reden darf, dies aber wiederum voraussetzt, dass alle Zuhörer zuvor durch einen Metalldetektor gelaufen waren und von der Universität rund 800.000 Dollar für Sicherheitsmaßnahmen ausgegeben wurden, das sprengt sicherlich alle Grenzen.

Und schließlich – 3. – was ist zu tun, wenn ernsthaft zu befürchten ist, dass der Redner oder die Rednerin im Rahmen der Veranstaltung verfassungsfeindliche Thesen vertreten wird?

Diese Gefahr war tatsächlich nicht von der Hand zu weisen, als der Publizist und ehemaliger Politiker Thilo Sarrazin an die Universität Siegen eingeladen wurde, um zu sprechen über „den neuen Tugendterror – die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland. Oder als der Präsident der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt an der Universität Frankfurt angekündigt wurde mit einem Vortrag über den „Polizeialltag in der Einwanderungsgesellschaft“. Zur Erläuterung: Wendt hatte sich kritisch zur Flüchtlingspolitik von Angela Merkel geäußert und die Errichtung eines Zaunes an der deutschen Grenze vorgeschlagen. Sein Auftritt wurde durch Proteste von Studierenden und Wissenschaftlern verhindert.

Die Argumente – die Sie alle in der Presse nachlesen können – lauten: „An einer Universität, an der man für Offenheit und Toleranz steht, ist kein Platz für Rassismus oder rechtes Gedankengut.“ „Wir haben die Sorge, dass bestimmte rechte Ansichten legitimiert werden, weil sie einen wissenschaftlichen Anstrich erhalten.“ „Es ist nicht mit dem Leitbild der Uni vereinbar, „rechten Akteuren“ wie Wendt eine Bühne zu geben.“ „Der heutige Populismus ist kompliziert zu entlarven und sollte daher besser an der Uni keinen Platz bekommen.“

Meine Damen und Herren, da kann ich nur sagen: Nein! Verweigerung ist keine Strategie gegen Sirenengesang, egal ob von rechts oder links. Rektorate sind keine Zensurbehörden. Wenn nicht an einer Universität, wo ist dann der geeignete Ort, um fatale Ideologien zu analysieren, zu entlarven und argumentativ zu bekämpfen. An einer Universität muss über Grenzfälle diskutiert werden können.

Und wer bitte soll denn festlegen, was rassistisch, faschistisch, populistisch, militaristisch oder sexistisch ist? Der zulässige Korridor des Sagbaren ergibt sich nicht aus irgendwelchen selbstherrlich gezogenen Grundwerten und Leitbildern,

sondern aus Recht und Gesetz: zu nennen ist hier etwa das Strafgesetzbuch, das Beleidigung und Volksverhetzung unter Strafe stellt. Es ist doch naiv zu glauben, man könne kritische Sichtweisen ausrotten oder – so Armin Nassehi – die Macht ungeliebter Ideen begrenzen, indem man sie unterdrückt.

Im Gegenteil: Es ist ein Gebot der rhetorischen Logik, dass ich Ansichten nur dann entgegentreten kann, wenn ich ihre Argumente kenne. Wenn an einer Institution, an der ich beteiligt bin, Leute eingeladen werden, deren Haltungen mir nicht passen, verlangt es die Toleranz nicht, dass ich mir meinen Widerspruch verkneife. Aber sie verlangt, dass ich andere, unbequeme Positionen nicht unterbinde.

Ich möchte klar und deutlich sagen: Rechtes Gedankengut ist gefährlich und auf das Höchste zu verurteilen, der Kampf gegen Rassenhass und Antisemitismus ist eine unserer vordringlichsten Aufgaben. Das möchte ich unterstreichen – gerade in dem Wissen, dass Extremismus jedweder Couleur antidemokratisch ist. Aber: Universitäten sind für den Austausch von kontroversen Meinungen prädestiniert – das gilt auch und insbesondere in Zeiten zunehmender Polarisierung.

Mit ihrem Verhalten spielen die selbsternannten Wächter der Demokratie außerdem diejenigen in die Hände, die sie bekämpfen wollen. Populisten werden zu Märtyrern und erhalten dadurch eher Zulauf. Das Ergebnis ist: Die Demokratie wird nicht verteidigt, sondern geschädigt.

Zum Abschluss zitiere ich noch einmal unseren Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier „Die Exzellenz einer Universität erweist sich – neben aller Internationalisierung, Digitalisierung, Optimierung – vor allem daran, ob hier gepflegt und eingeübt wird, was unsere Demokratie so dringend braucht: den erwachsenen Streit, die argumentative Kontroverse, den zivilisierten Disput.“

Ich komme zu unserer Universität. Anders als in den vergangenen Jahren, in denen ich viel über Forschungsschwerpunkte und neue Studiengänge gesprochen habe, werde ich heute einige Themen jenseits von Forschung und Lehre in den Mittelpunkt rücken.

So haben wir im Jahr 2019 einige gelungene Fest mit hochkarätigen Gästen gefeiert. Zu nennen ist hier zum einen das 25jährige Jubiläum der Juristischen Fakultät und der Einzug in das Medizinische Forschungszentrum II sowie die feierliche

Einweihung des Erweiterungsbaus des Oeconomicums. Auch die Verleihung der Ehrendoktorwürde an den Nobelpreisträger in der Physik aus dem Jahr 2018, Herrn Professor Gerard Mourou war ein beeindruckendes Ereignis.

Ein Fest der besonderen Art war die Nacht der Wissenschaft im Spätsommer. Zusammen mit der Hochschule Düsseldorf, der Robert-Schumann-Hochschule, dem DDZ, dem FZ Jülich und dem MPI für Eisenforschung präsentierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dem interessierten Düsseldorfer Publikum ihre Forschung. Mit knapp 10.000 Besuchern war die Resonanz überwältigend.

Leider hatten wir auch mit einigen unvorhergesehenen, nicht ganz so erfreulichen Entwicklungen zu kämpfen: Rund um Pfingsten eröffnete uns der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW, dass ein Gebäude auf dem Campus, in dem überwiegend Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Philosophischen Fakultät ihre Büros haben, aus Brandschutzgründen innerhalb weniger Wochen zum großen Teil geräumt werden muss.

Das war ein Schock. Nach dem ersten „Das kann ja wohl nicht wahr sein!“ und „Warum wir?“ hat sich die gesamte Fakultät, allen voran der Dekan zusammen mit unserem Dezernat für Gebäudemanagement an die Planung des Umzuges gemacht.

Logistiker veranschlagen für solch ein Vorhaben – also den Umzug von ca. 200 Arbeitsplätzen – mindestens 9 Monate. Die Fakultät hat es in 3 Monaten geschafft. Da soll noch einmal irgend jemand Geisteswissenschaftlern fehlenden Pragmatismus vorwerfen. Mein großer Dank und Respekt gelten allen, die hier mitgewirkt haben.

Was hat uns noch beschäftigt? Im Jahr 2019 haben wir uns mit dem Erscheinungsbild unserer Universität befasst und das alte Logo durch ein moderneres ersetzt. Dass ein solcher Schritt nicht ganz ohne Kritik auskommt, liegt in der Natur der Sache.

Die drei Hauptkritikpunkte – alle nachzulesen auf Facebook und Twitter – waren:

1. Ich vermisse die Unterschrift – Die Unterschrift hatte zwei große Nachteile: Außerhalb von Düsseldorf hat kaum jemand erkannt, dass die die Unterschrift die von Heinrich Heine ist. Zudem war sie weder von Weitem - denken Sie an Plakate bei öffentlichen Veranstaltungen – noch verkleinert – etwa auf dem Handy – erkennbar.

2. Ich vermisse das Konterfei – Da kann ich nur sagen: Die Erinnerung malt mit goldenem Pinsel, da das Konterfei noch nie Bestandteil des Logos war.

3. Für dieses einfache Logo habt ihr eine Agentur bezahlt? – Ja genau. Denn wenn man sich die Irrwege anschaut, die wir verworfen haben, dann erkennt man, dass Einfachheit viel komplizierter ist als es auf den ersten Blick scheint.

Damit verlasse ich das Jahr 2019 und ich wende meinen Blick auf das, was uns in diesem Jahr erwartet.

Unserem neuen Logo folgt im Jahr 2020 eine neue Homepage. Wir gehen davon aus, dass sich die HHU ab Sommer in einem neuen virtuellen Kleid präsentieren wird.

Auch wenn die gesamte Universität erst im Sommer mit neuem Design online gehen wird, gibt es schon ein Pilotprojekt. Die zentrale wissenschaftliche Einrichtung HeiCAD, das Heine Center for Artificial Intelligence and Data Science ist bereits seit einigen Tagen unter www.heicad.hhu.de erreichbar.

Ein weiteres Thema, das uns alle bewegt und das auch für uns als Universität von großer Wichtigkeit ist, lautet Nachhaltigkeit.

Lange schon vor der Fridays for Future-Bewegung waren wir an der HHU bemüht, Ressourcen einzusparen und mit Energie effizient umzugehen. Engagierte Mitarbeiter haben seit vielen Jahren ökologische Aspekte bei der Entwicklung des Campus im Blick. Für das Dach eines neuen Parkdecks zum Beispiel haben wir Mittel für eine Solaranlage eingeworben. Bei den sehr energieintensiven Serverräumen für die IT haben wir u. a. besonders energieeffiziente Rechner beschafft. Und bei Neubauten achten wir ebenfalls auf die Energieeffizienz, z. B. bei der Beleuchtung.

Auch die Studierenden engagieren sich seit etlichen Jahren für Umweltthemen. Sie haben sich unter anderem für eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs zur Uni, für Bikesharing und Foodsharing auf dem Campus oder gesundes und nachhaltiges Essen in den Mensen eingesetzt.

Aber wir sind als Universität in der Verantwortung mehr zu tun. Ich möchte mich jetzt nicht in Details über dieses „mögliche Mehr“ verlieren, sondern nur zwei Gedanken zu dem Thema Nachhaltigkeit festhalten, die mir wesentlich erscheinen.

1. Uns allen ist bewusst, dass Verhaltensänderungen – mitunter schmerzhaft – unumgänglich sind, um eine lebenswerte Zukunft für uns und für nachfolgende Generationen zu schaffen. Aber statt ausschließlich in blinden Aktionismus zu verfallen und eine Selbstbeschränkung nach der anderen zu erwägen, sollten wir auch die Chance erkennen, die wir als Universität haben. Gerade wir als Forschungs- und Bildungseinrichtung haben die Möglichkeit – fast jeder in seiner Disziplin – nachhaltige Themen zu erforschen oder diese in die Lehre zu integrieren.

Ich denke da nicht nur an die beiden offensichtlichen Forschungsbereiche wie das Sustainability Management in der BWL oder unser Exzellenzcluster CEPLAS, das sich mit der Frage beschäftigt, wie die Ernährung von morgen in Zeiten des Klimawandels gesichert werden kann. „Nachhaltigkeit“ spielt in Forschung und Lehre aller fünf Fakultäten eine Rolle, beispielweise in den Themenfeldern Umweltrecht, Energiearmut, Corporate Social Responsibility, demographischer Wandel, Umweltmedizin, Klimagerechtigkeit oder erneuerbare Energien.

Mit anderen Worten: Wir dürfen nicht nur über Verbote und Beschränkungen nachdenken, sondern müssen auch in die Zukunft gerichtet wissenschaftliche Erkenntnisse in die Lehre integrieren und ökologische Innovationen entwickeln. Wir müssen die Zukunft aktiv gestalten. Denn hierfür sind auch und gerade wir verantwortlich.

2. Selbstverständlich ist die Hochschulleitung bei dem Thema Nachhaltigkeit in besonderer Weise gefordert, denn sie muss Strukturen schaffen, die sicher stellen, dass die Thematik nachhaltig in Forschung und Lehre verankert wird. Außerdem sind viele Maßnahmen auf dem Campus von der Mitwirkung der Verwaltung abhängig.

Aber: Im Ergebnis wird ein großer Teil des Erfolges von dem tatsächlichen Engagement aller Mitglieder unserer Universität abhängen. Bekenntnisse, die den Weg vom Mund zur Hand nicht schaffen, sind wertlos.

Schließlich kann ich für das Jahr 2020 noch eine ganz besondere Veranstaltung ankündigen. Sie alle kennen die Heinrich-Heine-Gastprofessur, die wir seit 1988 dank des Landes NRW an herausragende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft

und Gesellschaft vergeben können. Um einige Vertreter zu nennen: Helmut Schmidt, Juli Zeh, Joschka Fischer, Karl Kardinal Lehmann, Ulrich Wickert und Joachim Gauck folgten unserem Ruf an die HHU.

Für das Jahr 2020 konnten wir für die renommierte Professur eine Größe aus der Theater- und Kulturszene gewinnen. Ich gebe Ihnen einen ersten Hinweis: Seine erste schauspielerische Leistung war die Rolle des Struwwelpeter auf seiner Abschlussfeier in der ersten Klasse. Das war der Auftakt für eine Weltkarriere.

Seit 1972 ist der österreichische Schauspieler Ensemblemitglied und Regisseur am Wiener Burgtheater. Hamlet, Ferdinand aus Kabale und Liebe, König Lear... Unzählige Hauptrollen hat er an großen deutschsprachigen Theatern gespielt und mit den renommiertesten Regisseuren gearbeitet.

Klaus Maria Brandauer ist eine beeindruckende, wenngleich auch nicht unumstrittene Persönlichkeit. Über seine schauspielerische Passion sagt er selbst: „Wenn man so etwas machen will, ist es nicht verkehrt einen Größenwahn zu spüren, der einen antreibt.“

Neben seiner Schauspielarbeit ist Klaus Maria Brandauer immer ein kritischer Geist geblieben. Er ist politisch hellwach und jederzeit bereit zur zornigen Einmischung. Nicht zuletzt deshalb ist er ein geeigneter Träger der Gast-Professur, geht es doch darum, mit Studierenden, Bürgerinnen und Bürgern in einen Diskurs über aktuelle und streitbare Themen zu treten.

Klaus Maria Brandauer wird uns im März und April die Ehre erweisen und in drei Veranstaltungen über „Heinrich Heine – Liebe, Revolution, Europa“ sprechen. Ich freue mich sehr darauf und möchte Sie schon heute herzlich dazu einladen.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben und wir heute Abend gemeinsam den Neujahrsempfang begehen.